Gemeinsame Resolution Nr. 1

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
von Gemeinsam - Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen
von Links Wien,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative International,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,
der Mitarbeiter:innen unterstützen das Team,

an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Danke, liebe Antifa!

Rechtsextremismus beruht auf der Vorstellung, Menschen seien aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung, ihres Geschlechts, ihres Religionsbekenntnisses oder ihrer sexuellen Orientierung unterschiedlich viel wert. Der Anspruch auf Gleichheit, sei sie nun ökonomisch, politisch oder die Gleichheit vor dem Gesetz, wird zurückgewiesen. Zu den wesentlichen Merkmalen rechtsextremen Denkens gehören völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, autoritäre Gesellschaftsvorstellungen und die Unterordnung des Einzelnen unter eine behauptete „Volksgemeinschaft“. Hinzu kommen die Abwertung von Minderheiten, starre Geschlechterbilder sowie häufig die Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Elemente dieser Einstellungen beschränken sich jedoch keineswegs auf den gesellschaftlichen Rand. Sie können auch in etablierten Parteien und Gruppierungen des sogenannten Mainstreams wirksam werden, oft ohne dass sich die Beteiligten der verheerenden materiellen Folgen bewusst sind. Für Arbeitnehmer:innen steht mit der Durchsetzung rechtsextremer Haltungen die Grundlage ihrer eigenen Interessenvertretung auf dem Spiel: Solidarität setzt die Gleichwertigkeit aller Menschen voraus. Wer Beschäftigte nach Herkunft, Religion oder Staatsbürgerschaft gegeneinander aufbringt, schwächt die Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen und ihre Fähigkeit, zusammen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten. Ohne Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl können Beschäftigte den wichtigsten Hebel zur Durchsetzung ihrer Anliegen nicht zum Einsatz bringen: ihre große Zahl.
Antifaschismus gehört deshalb zum Kern einer solidarischen Interessenvertretung.
Und doch werden immer wieder Stimmen laut, die antifaschistisches Engagement abwerten, seine Kriminalisierung fordern und jene wissenschaftlichen Einrichtungen angreifen, die rechtsextreme Ideologien und Netzwerke erforschen und öffentlich sichtbar machen.

Dabei wird bewusst ausgeblendet, dass Österreich seiner Verfassung nach ein antifaschistischer Staat ist. Der Staatsvertrag verankert ausdrücklich die Verpflichtung der Zweiten Republik zur Bekämpfung des Faschismus. Artikel 9 verpflichtet die Republik unter anderem zur Auflösung faschistischer Organisationen und dazu, deren Bestehen und Tätigkeit zu untersagen. In Artikel 10 ist die Fortführung der Maßnahmen zur Überwindung des Nationalsozialismus und zur Wiederherstellung der Demokratie verankert.
Nach der Shoa und den Verbrechen des Nationalsozialismus lautet das Versprechen, auf dem dieses Land beruht: „Niemals wieder“. Dieses Versprechen verpflichtet uns, gegen die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen von Verfolgung, Entrechtung und Vernichtung aufzutreten. Es verlangt Widerspruch, wenn Menschen zu Sündenböcken erklärt, Verschwörungstheorien verbreitet und demokratische Rechte angegriffen werden.

Die Arbeiterkammer Wien bekennt sich daher seit jeher zum entschiedenen Einsatz gegen Faschismus, Rechtsextremismus, gegen jeden Antisemitismus und Rassismus. Dieses Bekenntnis gilt unabhängig davon, von welcher politischen, religiösen oder gesellschaftlichen Seite die Menschenfeindlichkeit ausgeht.

Danke, DÖW, Mauthausen Komitee, Plattform „Stoppt die Rechten“!

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wurde 1963 von ehemaligen Widerstandskämpfer:innen, Verfolgten des NS-Regimes und engagierten Wissenschafter:innen gegründet. Es sammelt und bewahrt die Zeugnisse von Widerstand und Verfolgung, erforscht die nationalsozialistischen Verbrechen und dokumentiert die Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. Seine Archive, seine Publikationen und Bildungsangebote machen dieses Wissen für die Öffentlichkeit zugänglich. Damit leistet das DÖW unverzichtbare Arbeit für historisches Bewusstsein und demokratische Gegenwehr. Das gefällt nicht allen.
Rechtsextreme Angriffe auf das DÖW sind seit Jahren dokumentiert. Im Jänner 2020 bezeichnete die freiheitliche Abgeordnete Dagmar Belakowitsch es als „kommunistische Tarnorganisation“. Im August 2023 diffamierte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker das DÖW als „extrem linksgedrallten Privatverein“. Im Jänner 2026 forderte Michael Schnedlitz schließlich die umgehende Auflösung der Verträge der Republik mit dem DÖW und bezeichnete dessen Arbeit – konkret vor allem die Abfassung des Rechtsextremismusberichts im Auftrag des Innenministeriums – als „bezahlte Hetze“.

Die Vollversammlung weist diese Diffamierungen und den Versuch zurück, dem DÖW seine Arbeitsgrundlagen zu entziehen. Wissenschaftliche Forschung muss rechtsextreme Ideologien, Organisationen und Netzwerke untersuchen können, auch wenn die Ergebnisse politisch einflussreichen Akteur:innen unangenehm sind. Die Unabhängigkeit dieser Forschung und ihre ausreichende, langfristig gesicherte Finanzierung liegen im demokratischen Interesse der Öffentlichkeit.

Danke, Antifa!

Antifaschistisches Engagement lebt von Menschen, die hinschauen, recherchieren, aufklären und widersprechen. Menschen, die rechtsextreme Netzwerke sichtbar machen, bedrohten Personen beistehen, Erinnerungsarbeit leisten und gegen faschistische Mobilisierung auf die Straße gehen. Eine demokratische Gesellschaft hat allen Grund, diesen Einsatz anzuerkennen und zu unterstützen.
Dass eine andere Würdigung notwendig ist, wurde mehrfach ausgesprochen. Im Tagesspiegel veröffentlichte Sebastian Leber am 24. Jänner 2014 den Beitrag „Danke, liebe Antifa!“. Er würdigte darin den konkreten Beitrag antifaschistischer Gruppen, rechtsextreme Aufmärsche zu behindern und eine rechtsextreme Vorherrschaft im öffentlichen Raum zu verhindern. Sein Argument: Auch Menschen, die selbst nicht aktiv werden, profitieren davon, dass andere sich Rechtsextremen entgegenstellen.
Auch aus dem Bereich der evangelischen Kirche kommt ein ausdrückliches Bekenntnis: Auf der Website der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt veröffentlichte Studienleiter Paul F. Martin das Statement „Danke Antifa“. Er wandte sich gegen die Delegitimierung des Antifaschismus durch die AfD und beschrieb Antifaschismus als eine breite gesellschaftliche Aufgabe, die Menschen unterschiedlicher politischer Überzeugungen verbindet. Solche Bekenntnisse haben in der jüngeren Vergangenheit nochmals an Aktualität gewonnen, seit auch die US-amerikanische MAGA-Bewegung und mit ihr eng verbundene Oligarchen die Antifa zu ihrem Feindbild erkoren haben.

Die Arbeiterkammer Wien bekennt sich stolz zu ihrer antifaschistischen Tradition und zum antifaschistischen Gründungskonsens der Zweiten Republik. Zugleich danken wir all jenen, die sich durch ihren persönlichen Einsatz dem Wiedererstarken rechtsextremen Gedankenguts entgegenstellen. Wer antifaschistisches Engagement würdigt, muss weder jede Position noch jede Handlung einer antifaschistischen Gruppe teilen. Aber eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die sich organisierter Menschenfeindlichkeit

entgegenstellen. Sie braucht unabhängige Forschung ebenso wie eine aktive Zivilgesellschaft. Und sie braucht Arbeitnehmer:innen, die dabei klar Stellung beziehen.

Nie wieder. Danke, liebe Antifa!

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien beschließt:

- Die Arbeiterkammer Wien bekräftigt ihre Unterstützung des Antifaschismus und bekennt sich zum konsequenten Einsatz gegen Faschismus, Rechtsextremismus, jeden Antisemitismus und Rassismus. Sie versteht diesen Einsatz als Bestandteil ihres demokratischen und solidarischen Selbstverständnisses.

- Die Vollversammlung dankt antifaschistisch engagierten Menschen und Initiativen für ihre Aufklärungs-, Erinnerungs- und Bildungsarbeit, ihre Unterstützung für Betroffene sowie dafür, rechtsextremer Einschüchterung, Mobilisierung und Gewalt konsequent entgegenzutreten. Sie weist die pauschale Diffamierung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements strikt zurück.

- Die Vollversammlung erklärt ihre Solidarität mit dem DÖW. Sie fordert die Bundesregierung und die zuständigen öffentlichen Stellen auf, seine wissenschaftliche Unabhängigkeit zu sichern und seine Forschungs-, Dokumentations- und Vermittlungsarbeit langfristig ausreichend zu finanzieren. Politisch motivierte Versuche, die Arbeit des DÖW zu diskreditieren oder deren finanzielle Grundlagen infrage zu stellen, werden entschieden zurückgewiesen.

- Die Vollversammlung fordert die Bundesregierung auf, den antifaschistischen Auftrag des Staatsvertrags konsequent zu erfüllen. Dazu gehören die Bekämpfung nationalsozialistischer Wiederbetätigung und faschistischer Organisierung ebenso wie die konsequente Verteidigung demokratischer Rechte sowie der Schutz der von rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Bedrohung betroffenen Menschen und Gruppen.

- Die Arbeiterkammer Wien setzt sich weiterhin für die Stärkung antifaschistischer Bildungsarbeit in der Arbeitswelt ein. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebsrät:innen, dem DÖW und geeigneten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sollen Angebote entwickelt und ausgebaut werden, die rechtsextreme Ideologien erkennbar machen, über Antisemitismus und Rassismus aufklären und solidarisches Handeln im Betrieb unterstützen.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒